

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dreßdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. S. v. Hoffstein und J. S. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expedient, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour d

Die Bestellungen auf den „Social-Demokrat“ für das nächste Quartal bitten wir möglichst frühzeitig machen zu wollen.

Das preusseneindliche Geschrei der mittel- und kleinstaatlichen Regierungen

mit den Aeusserungen des nationalen Strebens in Deutschland zu verwechseln, insbesondere von einem „energischen Vorgehen“ dieser Regierungen, einem „engen Aneinanderschluß“ derselben und wie die neuerfundenen Hohlheiten alle heißen mögen, etwas für die nationale Sache Deutschlands zu erwarten, ist ein ebenso stupides als verhängnisvolles Mißverständnis.

Es ist dringend nöthig, daß auch in dieser Beziehung jeder klar sehe.

Wir haben vor Kurzem ausgeführt, daß die Hauptfeinde der nationalen Sache nicht in den Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten zu suchen sind, als welche sämmtlich zu schwach sein würden, einen Ausbruch des nationalen Dranges zu verhindern, sondern daß wir als die entscheidende Stütze unseres nationalen Unglücks und unserer nationalen Ohnmacht das Bestehen der beiden Großmächte, den dynastischen Dualismus, zu betrachten haben.*)

Gegen den preussischen und den österreichischen Particularismus also — dies steht außer Zweifel — muß der Hauptkampf sich richten.

Wie in aller Welt aber wollte man hieraus folgern, daß dem mittel- oder kleinstaatlichen Particularismus irgendwelcher Vorstoß zu leisten sei?

Nichts macht uns ja lächerlicher vor Europa, nichts fördert ja mehr die Kleinlichkeit und Philistrität der politischen Anschauung, als dieser lästlich genährte und groß gezogene bayerische, württembergische, hückeburgische u. s. w. Patriotismus.

Wenn ein deutscher Mann österreichischen oder preussischen Particularismus an den Tag legt, so ist dies eine traurige Verläumdigung am deutschen Volke und an der Zukunft unseres Vaterlandes.

Wenn aber einer bayerischen, württembergischen, hückeburgischen oder hückeburgischen „Patriotismus“ an den Tag legt, so ist dies nicht nur eine traurige, sondern überdies noch eine namenlos lächerliche Verläumdigung an der Nation, eine Karricatur, eine wahre Affenshau.

Möge jeder diesen Sachverhalt sich klärtlichst zum Bewußtsein bringen:

Der österreichische und der preussische Particularismus sind die der nationalen Sache gefährlichsten, daher unstreitig traurigste Erscheinung in Deutschland; lächerlich aber wird kein billig Denkender solchen Particularismus nennen.

*) Der betreffende Artikel wird zwar vielen unserer Leser nur in Trümmern zu Gesicht gekommen sein, aber wir glauben, daß selbst aus diesen Trümmern noch der einfach-bestimmte Gedankengang zu erkennen ist.

Der mittel- und kleinstaatliche Particularismus aber, obzwar weit minder gefährlich, ist eine gänzlich würdelose, eine man kann sagen politisch cretinenhafte Erscheinung.

Wer nun sind die Träger dieser cretinenhaften, die Nation dem Spott und Gelächter des Auslandes preisgebenden Erscheinung? Wer zieht sie groß und nährt sie geflüstert, in den Kinderstuben, in der Abriechung der Soldaten und Beamten, in Büchern und Monumenten, in jeglicher Art und um jeden Preis?

Die Regierungen sind es, die Fürsten und ihr nächster Anhang.

Und warum auch nicht? Danken diese ja doch Alles, was sie sind, dem elenden Sondergeiste, der unsere große und edle Nation in dreißig Theile spaltet, damit da und dort ein Potentätchen sich aufblähen könne.

Daß diese Potentätchen Zeter und Mordio schreien, wenn ein Großstaat Miene macht, sie zu verschlucken — das freilich ist sehr natürlich. Was aber hat dieses Geschrei des widerlichsten und lächerlichsten Particularismus mit der großartigen und umfassenden Idee des nationalen Strebens gemein?

Freilich — da kommen die großen „Practiker“, d. h. diejenigen, die auf Alles Vertrauen haben, nur nicht auf die Nation und die revolutionäre Kraft des Zeitalters — da kommen sie und jammern uns vor, daß man sich um reale Gewalten gruppieren müsse, um practisch etwas wirken zu können.

Ei! Ei! Betrachtet Euch doch die Herren etwas näher, mit denen vereint Ihr die deutsche Sache, das einige und freie Deutschland der Zukunft, fördern wollt!

Wer sind die Hauptlärmmacher, die Erz-Hin- und Herreifer, die Haupt-Bundestags-Antragsteller, die Erz-Turner-Gastrollen-Geber?

Es sind Minister aus der Zeit der crafftesten und blutigsten Reaction, Fürstentümmer durch und durch.

Aber wenn es auch nicht so wäre, wenn man auch die liberale Comödie noch weiter triebe — es ist ja Alles so gleichgiltig, so durchaus einerlei!

Wolle man doch immer und immer wieder sich vor Augen stellen die Eine große Wahrheit, die aller Schwindelei, die durch Vermischung der nationalen Sache mit der Sache der vielstaatigen Regierungen getrieben wird, unarmherzig ein Ende macht — die Eine große Wahrheit: daß, wenn es Ernst würde, und irgend welche Fürsten z. B. endgiltig und unwiderruflich zu entscheiden hätten, ob sie zu Gunsten ihres Volkes oder zu Gunsten eines großen Fürstenthums auf ihre volle Souveränität verzichten wollten, diese Fürsten sich lieber winselnd ihrem Collegen zu Füßen würfen, als unter dem Jubel des Volks durch die Straßen ihrer Hauptstadt zögen. Soll denn ewig und ewig in Deutschland das

In Italien, wo hundertfach nur die Interessen, wo eine ganze Reihe realer Gewalten zu Gunsten einer neuen Idee gebrochen werden müssen, ist nur Eines, was zum Ziele führen kann: der bedingungslose Radicalismus.

Den fördere, wer die Volkskräfte fördern will — und er fördere ihn überall und nach allen Richtungen hin! —

Politischer Theil.

Berlin, 25. September.

Die Demokratenversammlung in Darmstadt hat der Presse bereits mehrfach Stoff zu Betrachtungen gegeben.

Wir brauchen nicht zu versichern, daß wir denen, welche den schwierigen Versuch machen, Elemente des deutschen Bürgerthums zu planmäßig gemeinsamem demokratischem Wirken zu vereinen, unsern Beifall zollen.

Zwar hat die Versammlung in Darmstadt vorerst noch zu keinem bestimmten Ergebniß geführt; allein nichtbestimmter glauben wir einige Bemerkungen machen zu sollen — Bemerkungen, die wir um so mehr für am Platze halten, als wir Grund zur Annahme haben, daß man zu Darmstadt eine Fühlung mit der social-demokratischen Partei gewünscht hat.

Zunächst heben wir mit Freuden hervor, daß man darüber einig gewesen zu sein scheint, daß für die Demokratie nur dann Aussicht auf einigen Erfolg sein kann, wenn sie sich endgiltig von dem unverbesserlichen Gothaerthum und dem ebenso mattherzigen wie schwachköpfigen Fortschrittlerthum lossagt.

Dahingegen müssen wir (mit Rücksicht auf die gedachte Fühlung) über einen andern Punkt unsern Staunen, über einen dritten unsere Beunruhigung aussprechen.

Unser Staunen darüber, daß man, wie die Berichte sagen, die sociale Frage in den Bereich der Verhandlungen gezogen, welche in diesem Punkte ohne Ergebniß geblieben sind.

Die in Darmstadt verammelt Gewesenen beabsichtigen offenbar eine mögliche Wiederherstellung und Organisation der Demokratie im alten Sinne, d. h. sie wollen nach besten Kräften für eine Verwirklichung volksthümlicher Grundsätze in politischer Beziehung wirken. Ziehen sie die sociale Frage in ihr Programm, so sind nur zwei Fälle möglich: entweder sie erkennen im Wesentlichen unser Princip als das richtige an;

oder aber sie machen das dem unsern entgegenstehende Princip (Bemittelung ist hier unmöglich) zu dem ihrigen.

Komp...
D...
mit de...
und b...
Zur E...
einen...
reich...
und S...
solche...
Bäier...
dieser...
erforde...
von ge...
ständ...
heren...
der e...
über, e...
beit un...
telligen...
und Pa...
W...
stand...
richen...
alters...
Gründe...
Wenn...
Arbeiter...
vermö...
allzuho...
Abe...
lein A...
besieht...
lende...
griff vo...
artige...
fellsch...
her auch...
immerm...
beseelt...
Die...
immer...
beiterst...
politisch...
wirklich...
hauptung...
Sinne v...
die Vere...
weiter, d...
materiell...
gegen d...
neueren...
bewiesen...
dies: da...
einzelnen...
in ein m...
werden...
Was...
ben rund...
weisen i...
Die U...
als sieba...
Rassal...
als „lolett...
als wollte...
politisches...
erer Pant...
en. Am...
Arbeiter-U...
Arbeiter i...
und dann...
Demoliren...
ringen so...
kommen...
über ihnen...
und Staats...
kann kan...
und diese...
dovon soll...
uns zurück...
aus komme...
Man...
or der...
ung do...
onserv...
wurde...
ällische...
ren von...
*) Sch...
ange in...
Frage

In ersteren Falle würde, da sie sowohl auf dem socialen wie auf dem politischen Gebiete mit uns einig wären, nicht einzusehen sein, warum sie sich nicht einfach unserer Partei anschließen;

im zweiten Falle würden sie dasjenige, was uns von ihnen trennt, ausdrücklich in den Vordergrund stellen.

Es war also, wie uns dünkt, unter allen Umständen ungeeignet, die sociale Frage aufs Tapet zu bringen. Wenn eine „Führung“ hergestellt werden sollte, so könnte es offenbar nur auf dem politischen Gebiete, da aber auch in hohem Maße, sein.

Hat uns, wie gesagt, der erwähnte Umstand in Stammen vererbt, so hat ein anderer und beunruhigt.

Wir lesen in verschiedenen Blättern: man habe in Darmstadt beabsichtigt, die Mittel- und Kleinstaaten zu nationaler Haltung anzutreiben oder dergl.

Wir hoffen, ja wir sind bis auf Weiteres (Aufklärung übrigens wünschend,) überzeugt, daß hier eine der gewöhnlichen Verläumdungen des Fortschrittlerthums im Spiel ist. Sollte dies aber nicht der Fall sein...

Bedenkt man denn nicht, daß die Weltgeschichte nicht in Württemberg und in Nassau gemacht wird, daß es vor Allem gilt, das Volk in Oesterreich und in Preußen zu gewinnen, und daß dieses Volk mit Recht sich von Allem abwenden würde, was nach Kleinstaaterei riecht?

Nein! Nein! In Ehren der in Darmstadt versammelt Gewejenen hoffen und glauben wir, daß die Zeitungen falsch berichtet haben.

Wo nicht — welcher Unterschied wäre zwischen Gothaern und Darmstädtern?

Nachtrag.

Obiger Artikel war bereits gesetzt, als uns in dem „Deutschen Wochenblatt“ des Herrn Dr. L. Eckardt eine Art offiziellen Berichtes über die Darmstädter Versammlung zu Gesicht kam. Wir beileiden uns, denselben nachstehend wiederzugeben:

An die am 30. October 1864 zu Eisenach stattgefundene Versammlung der Gesinnungsgenossen antwortend, hatten Wilt, Angerstein von Berlin, Louis Büchner von Darmstadt, Eckardt von Mannheim, Eller von Mannheim, Karl Mayer von Stuttgart, Neergard von Kiel, Preetorius von Alzei, Klaus Riepen von Kiel, Emil Rittershaus von Barmen, Schenk von Wiesbaden, Trabert von Hanau und Weg von Hamburg, zu einer weiteren Besprechung eingeladen. Auf die Tagesordnung war die Anbahnung eines engeren Zusammenhanges der deutschen Volkspartei, wie die Hebung und Stärkung unserer Parteipresse gesetzt.

Ueber vierzig, meist erprobte, theilweise den Kammern und der Presse angehörige Patrioten, waren aus Bayern, Württemberg, Baden, Frankfurt, Nassau, Darmstadt, Kurhessen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Deutsch-Oesterreich (freudig begrüßt!) erschienen, theilweise Vertreter von bereits bestehenden Vereinen oder Partei-Organisationen mit ausdrücklich in diesem Sinne angelegten Vollmachten. Eine Anzahl Briefe, sämmtlich theilnehmend, lag vor; die Gesinnungsgenossen in Berlin begrüßten uns in einem Telegramm. Eine Zuspätskunft Karl Lind's und der Freunde in London erscheint im nächsten Blatte.

Der Herausgeber eröffnete die Versammlung und wurde mit Abgeordneten Hoffmann I. aus Darmstadt und Neergard aus Kiel mit der Leitung des Tages beauftragt. Wien führte das Protokoll.

Die gegenwärtige Sachlage und die Stellung der Partei zu ihr, die Erörterung der Zielpunkte derselben Abete in der naheliegenden Frage, ob es zweckmäßig sei, ein Programm zu erlassen, oder, wie die früheren Versammlungen von Karlsruhe und Eisenach, von einem

*) Unter den Erschienenen finden wir in verschiedenen Blättern außer den oben Genannten erwähnt: Prof. Buttke aus Leipzig, Redacteur Petermann aus Dresden, Abg. Oesterlen aus Stuttgart, Redacteur Ködel und Banquier Hohenemser aus Frankfurt a. M. (Ann. d. Red. des „Soc.-Dem.“)

solchen abzusehen, da es eigentlich selbstverständlich sei, und leicht Nebenfragen trennen, was die Hauptfrage eint. Ueberdies ändert sich die Sachlage mit jedem Tage und zwingt eine Partei mit spezialisiertem Programme, es gleich dem Nationalvereine in jeder Generalversammlung zu ändern. Mit einer Stimme Mehrheit wurde ein Programm beschlossen, und damit zwar eine sehr belebende Debatte, welche zu gegenseitiger Verständigung wesentlich beitragen wird, hervorgerufen, aber auch Betonung der Punkte, in denen die Meinungen abwichen. Der eine betraf den von Büchner und Eckardt beantragten Satz: „Verbesserung der Lage der arbeitenden und armen Klasse durch sociale Reformen.“ Wir wollten durch die Aufnahme dieses Zieles der Partei eine Verschmelzung mit der socialen Demokratie des deutschen Nordens*) anbahnen und derselben die Gewähr bieten, daß sie nicht zu einseitig politischen Bestrebungen ausgerufen werde.**) Der zweite Punkt betraf die von unseren Freunden in Schwaben beantragte und namentlich vom Abgeordneten Desterlen eingehend bevorwortete Konföderation der Mittel- und Kleinstaaten gegen die Vergewaltigung der Vormächte, mit einem Parlament und einer gemeinsamen Regierung dieses engeren Bundes.

Wir betrachten die beiden streitigen Fragen als offene und werden sie in diesem Blatte, als einer Sprechballe der Partei, verteidigen wie bekämpfen lassen. Wir selbst haben uns wiederholt dahin ausgesprochen, daß der Vorschlag einer solchen Konföderation ein diplomatischer Schachzug, aber nicht das Programm unserer Partei sein könne; würden die Regierungen sie beginnen, dann träte die Frage an uns heran, ob wir sie unterstützen wollen; eine Partei, welche ein so hohes Ziel erreichen will, wie die demokratische, muß das Bleibende, Ewige und nicht bloß das Heute in das Auge fassen.

Scheiden wir das Streitigste aus den beiden vorgelegten Programm-Entwürfen aus, so stellt sich die demokratische und föderalistische Gesamtanschauung in folgenden und bestrittenen Sätzen heraus, und wir laden unsere Gesinnungsgenossen ein, sie provisorisch als unser Programm zu betrachten:

- 1) Demokratische Grundlage der Verfassung und Verwaltung der Einzelstaaten; allgemeines und directes Wahlrecht; parlamentarische Regierung; Selbstverwaltung des Volkes in den Gemeinde- und Bezirks-Verbänden; Erziehung des stehenden Heeres durch allgemeine Volkswehr; Erziehung des Volkes zu politischer Selbstständigkeit und geistiger Freiheit.
2) Keine preussische, keine österreichische Spitze; federative Verbindung der gesammten unter sich gleichberechtigten deutschen Staaten (?) und Stämme, mit einer über den Einzelregierungen stehenden Bundesgewalt und Nationalvertretung.***)
3) In dem Verlebr mit andern Nationen gegenseitige Anerkennung der Principien der Nationalität und des Selbstbestimmungsrechts, der Freiheit und Gerechtigkeit.

Folgende wichtige und mit Stimmeneinhelligkeit gefaßte Beschlüsse betrafen die eigentliche Tagesordnung und konstituiren die deutsche Volkspartei auf der Grundlage folgender Organisation:

- 1) Diejenigen, welche zu der gegenwärtigen Versammlung einluden, sind als provisorischer Ausschuss bestellt und mit der Einberufung ähnlicher Zusammenkünfte beauftragt.
2) Sammlung und Organisation der Partei in den einzelnen Staaten.
3) Veranstaltung periodischer Zusammenkünfte der Parteimitglieder in den einzelnen Ländern, zwischen den benachbarten Staaten und der Gesamtpartei.
4) Gründung und Unterstützung aller, der Beförderung der Volksinteressen gewidmeten Verbindungen, wie Volksvereine, Arbeiter, Fortschritt, Turn- und Wehrvereine.
5) Zeichnung des in Mannheim erscheinenden „Deutschen Wochenblattes“ als „Organ der deutschen Volkspartei.“
6) Anbahnung von Zusammenkünften der Leiter der

*) Es giebt keine „socialen Demokratie“ des deutschen Nordens, sondern nur eine deutsche Social-Demokratie. Wenn wir im Süden noch nicht dieselbe Verbreitung haben, wie im Norden, so wird sich dies ohne Zweifel bald ändern. Jedenfalls werden wir nicht ruhen und rasten, bis dies durchgesetzt ist, und die Erfolge, welche jüngst die Unsern in Augsburg erreicht haben, lassen uns in dieser Beziehung das Beste hoffen. (Ann. d. Red. des „Soc.-Dem.“)

**) Diese „Gewähr“ brauchen wir nicht. Wir reagieren jede erforderliche Gewähr in uns selbst. (Ann. d. Red. des „Soc.-Dem.“)

***) Diese Föderation wäre zwar nicht unsere Sache, aber es liegt kein Grund vor, jetzt hierüber hin und her zu streiten. (Ann. d. Red. d. „Soc.-Dem.“)

Parteiblätter zum Zwecke eines übereinstimmenden Vorgehens. Endlich wurde auf den Antrag Nürnberg's beschlossen:

„Es möchte durch Volksversammlungen und die Presse den Mitgliedern des am 1. October zusammentretenden Abgeordnetentages der Volkswunsch zu erkennen gegeben werden, daß die schleswig-holsteinische Frage nicht gesondert, sondern im Zusammenhange mit der von ihr untrennbaren deutschen Frage behandelt werde.“

Es ist in Privatkreisen der Wunsch geäußert worden, daß die nächste Versammlung in Nürnberg stattfinden, und durch die Vereine und die Presse einer endgültigen Feststellung des Programms, wenn ein solches wirklich betrieben solle, vorgearbeitet werde. Der bestellte Ausschuss darf der Unterstützung der Freunde in Nürnberg wohl gewiß sein und wird sich freuen, Hand in Hand mit ihnen am Werke fortzufahren.

Auf Grund der Beschlüsse fordern wir nach der jetzt erfolgten Begründung der deutschen Volkspartei die Gesinnungsgenossen auf:

- 1) uns ihren Beitritt anzuzeigen und ihre Unterstützung zu Theil werden zu lassen. —
2) sich in ihren Ländern zu sammeln, wozu wir mit Rath und That mitzuwirken bereit sind.
3) das „Deutsche Wochenblatt“ in den weitesten Kreisen zu verbreiten, zu unterstützen und zu dem zu machen, was es im Sinne des Beschlusses der Versammlung sein soll: ein geistiger Mittelpunkt der deutschen Volkspartei.

Im Ganzen finden wir, nach Lesung dieses Berichtes, unsern obigen Artikel nichts zuzusetzen. —

Deutschland.

* Berlin, 24. Sept. [Zur schleswig-holsteinischen Angelegenheit] laufen immer mehr Berichte ein, welche beweisen, mit welchem Unwillen im deutschen Volke das Gasteiner Uebereinkommen aufgenommen wurde. So beschloß z. B. in Darmstadt am 22. d. M. das dortige Comité des Schleswig-Holstein-Vereins an den Präsidenten der Sechshunddreißiger in Frankfurt ein Schreiben zu richten, in welchem die Gasteiner Uebereinkunft als ein das deutsche Volk beunruhigender und empörender Act bezeichnet wird, durch welchen das Recht der freien Selbstbestimmung der Völker bedroht sei. Ferner wird in dem fraglichen Schreiben die Versammlung deutscher Abgeordneten zu Frankfurt a. M. in der Hoffnung begrüßt, durch dieselbe den Geist des deutschen Volkes neu belebt zu sehen, und der Wunsch ausgesprochen, daß diese Gesinnung zur Kenntniß der Verammlung gelange. — Am gleichen Tage fand in München eine von mehr als 2000 Bürgern besuchte Urvähler-Versammlung statt, in welcher mehrere Resolutionen unter Verzichtleistung auf eine specielle Debatte über die einzelnen Sätze angenommen wurden. Diese Resolutionen erklären, daß das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner durch die Gasteiner Uebereinkunft verletzt, und daher jeder Widerstand gegen die Durchführung derselben eine berechtigte Nothwehr sei, tadeln die bisherige Haltung der Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten, sprechen ferner die absolute Unfähigkeit des deutschen Bundes zur Leitung der Geschicke des deutschen Volkes und die Nothwendigkeit der Schaffung eines deutschen Parlamentes aus. In Erlangen beschloß die Versammlung des dortigen Schleswig-Holsteinischen Vereins vom 21. d. M. eine längere Adresse an das Volk von Schleswig-Holstein, in welcher, nach einer Beurtheilung der von den Regierungen der deutschen Großmächte befolgten Politik, die Schleswig-Holsteiner der thätigsten Unterstützung des Vereins und seiner Bereitwilligkeit, die schwersten Lasten mit ihnen theilen zu wollen, neuerdings versichert werden. In Nürnberg wurde in der am gleichen Tage stattgefundenen Sitzung des dortigen Volksvereins folgende Resolution angenommen: „Es möge den Mitgliedern, namentlich den bayerischen, des am 1. Oct. in Frankfurt zusammentretenden Abgeordnetentages der Volkswunsch mitgegeben werden: die Schleswig-Holstein-Frage nicht getrennt und einseitig, sondern nur im Zusammenhang mit der von ihr untrennbaren deutschen Frage zu behandeln.“

— [Den bevorstehenden Abgeordnetentag betreffend] wird aus Kassel, 24. Sept. berichtet, daß zehn bei dem Landtags-Präsidenten Nebelthau gefiern Abend versammelte Landtags-